

NSU-Morde aufklären

Konsequenzen aus Ermittlungsdesaster ziehen

Ein Jahr nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) stehen die wichtigsten politischen Konsequenzen noch immer aus: Der Verfassungsschutz arbeitet in der gleichen Weise, die zum Versagen beim NSU führte. Von Selbstkritik und Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden beim Thema Rassismus keine Spur. Weiterhin werden diejenigen unter „Extremismusverdacht“ gestellt, die sich gegen Rassismus und extreme Rechte engagieren. Auch heute beschert die schwarzgelbe Bundesregierung mit einer „Missbrauchsdebatte“ zum Thema Asyl verbale Brandsätze, die von den Nazis in reale verwandelt werden könnten.

Sowohl im Bundestag als auch in mehreren Landtagen arbeiten Untersuchungsausschüsse gerade intensiv daran, die Frage zu klären, warum die Sicherheitsbehörden eine rassistische Mordserie nicht als solche erkannt haben. Schon jetzt zeichnen sich Ergebnisse ab, die nach schnellen Konsequenzen verlangen:

- Das V-Leute-System des Verfassungsschutzes hat sich als massiver Täterschutz erwiesen. Es muss sofort beendet werden.
- Der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz hat als Frühwarnsystem versagt. Er muss durch eine unabhängige, zivilgesellschaftlich organisierte Beobachtung der extremen Rechten ersetzt werden.
- Auch bei Sicherheitsbehörden finden sich Rassismus und Stereotypisierungen, gegen die es dringend Konzepte bedarf.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Stand: 01.11.2012. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfpurposes verwendet werden.
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

NSU-Morde aufklären

Konsequenzen aus Ermittlungsdesaster ziehen

Ein Jahr nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) stehen die wichtigsten politischen Konsequenzen noch immer aus: Der Verfassungsschutz arbeitet in der gleichen Weise, die zum Versagen beim NSU führte. Von Selbstkritik und Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden beim Thema Rassismus keine Spur. Weiterhin werden diejenigen unter „Extremismusverdacht“ gestellt, die sich gegen Rassismus und extreme Rechte engagieren. Auch heute beschert die schwarzgelbe Bundesregierung mit einer „Missbrauchsdebatte“ zum Thema Asyl verbale Brandsätze, die von den Nazis in reale verwandelt werden könnten.

Sowohl im Bundestag als auch in mehreren Landtagen arbeiten Untersuchungsausschüsse gerade intensiv daran, die Frage zu klären, warum die Sicherheitsbehörden eine rassistische Mordserie nicht als solche erkannt haben. Schon jetzt zeichnen sich Ergebnisse ab, die nach schnellen Konsequenzen verlangen:

- Das V-Leute-System des Verfassungsschutzes hat sich als massiver Täterschutz erwiesen. Es muss sofort beendet werden.
- Der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz hat als Frühwarnsystem versagt. Er muss durch eine unabhängige, zivilgesellschaftlich organisierte Beobachtung der extremen Rechten ersetzt werden.
- Auch bei Sicherheitsbehörden finden sich Rassismus und Stereotypisierungen, gegen die es dringend Konzepte bedarf.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Stand: 01.11.2012. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfpurposes verwendet werden.
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin